

Stadt Mülheim an der Ruhr

Rede zum Haushalt 2017

Wolfgang Michels
CDU-Fraktion

Es gilt das gesprochene Wort!

15. Dezember 2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Bürger der Stadt Mülheim an der Ruhr,
sehr geehrte Mülheimer Ratsmitglieder,
es ist schon eine kleine Tradition, dass die Haushaltsrede der
CDU-Fraktion nicht nur mit dem Ohr sondern auch mit dem Auge
wahrgenommen werden kann.

Vielleicht bleibt dadurch einiges besser im Gedächtnis haften.

Seit einigen Jahren zeige ich hier immer wieder Ähnliches.

Wir versuchen aufzuzeigen, woran es hapert und was getan werden muss.

Wir stellen Fragen und bekommen nicht auf alle eine Antwort.

Wir weisen auf Fehlentwicklungen hin; das wird ignoriert.

Wir machen Vorschläge, die wenn überhaupt nur zum Teil umgesetzt werden.

Aber wir geben nicht auf, für die Stadt Mülheim an der Ruhr den besten Weg aufzuzeigen!

15. Dezember 2016

Es mag auf den ersten Blick so erscheinen, dass wir hier immer wieder das Gleiche zeigen und kommentieren.

Aber bitte schauen Sie genau hin, es sind tatsächlich viele andere Bilder, wobei die Probleme die gleichen sind.

Wir fragen, weisen auf Mängel und Fehlentwicklungen hin, die meist ignoriert werden.

Wir machen aber auch Vorschläge, unsere schöne Stadt Mülheim wieder nach vorne zu bringen, die jedoch, wenn überhaupt, nur zum Teil umgesetzt werden.

Aber wir geben nicht auf.



8,5 cm tollste Lyrik!

Man muss aber zunächst die Spreu vom Weizen trennen, denn seit einer Transparenzoffensive in den Tagen eines Dr. Heinz – es ist schon lange her – wird dieses großartige Werk mehr und mehr aufgebläht. Seitenweise werden Ziele, Deckungsbeiträge usw. eingefügt, die das Wesentliche verdecken.

Wenn man diese Spezialmaterie als Anlage beifügen und nicht mehr oder weniger wahllos in den Text einstreuen würde, wäre der Hauptteil höchstens noch 3,5 cm dick und würde dann sicherlich auch eher gelesen.

- Produktliste -

Die folgende Produktliste ist eine systematische Auflistung aller Produkte des Haushalts 2016 H. nach Fachbereichen und Dezernaten geordnet.

Die ausgewiesenen Zahlen zu den Produkten stellen die geplanten Produktgrößen in den Jahren 2016 bis 2019 dar, ohne Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (ILB) zwischen den Fachbereichen untereinander.

Wird ein Zahlenwert negativ dargestellt (gekennzeichnet durch ein „-“ hinter dem Wert), so bedeutet dies, dass die Aufwendungen die Erträge um diesen Wert übersteigen werden. Wird ein Zahlenwert positiv dargestellt, so übersteigen die Erträge die Aufwendungen.

Am Ende der Liste wird der Zuschussbedarf der einzelnen Betriebsstätten der BfNH (Eigenbetriebe) dargestellt.

Erklärungen zum Grad der Pflichtigkeit der Produktkategorie

- Pflichtig:** Das Produkt wird auf Grund eines gesetzlichen oder vom Ratg ähnlich verbindlichen Grundlage erstellt (z.B. Rechtsverordnung usw.)
- Überwiegend pflichtig:** Das Produkt hat sowohl pflichtige als auch freiwillige Bestandteile, die pflichtigen überwiegen jedoch.
- Pflichtig mit Rücknahmeverhalten:** Das Produkt enthält Bestandteile, die per gesetzlichen Beschluss oder auf vertraglicher Grundlage verbindlich sind. Diese Einträge können grundsätzlich per Beschluss oder Klärung ander adaptieren werden.
- Freiwillig:** Das Produkt wird nicht aufgrund von gesetzlichen oder ähnlich verbindlicher Grundlagen erstellt.
- Überwiegend freiwillig:** Das Produkt hat sowohl freiwillige als auch pflichtige Bestandteile, die freiwilligen überwiegen jedoch.

Produktliste

	2016	2017	2018	2019
01.01.01	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.02	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.03	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.04	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.05	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.06	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.07	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.08	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.09	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.10	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.11	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.12	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.13	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.14	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.15	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.16	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.17	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.18	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.19	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.20	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.21	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.22	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.23	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.24	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.25	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.26	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.27	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.28	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.29	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.30	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.31	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.32	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.33	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.34	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.35	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.36	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.37	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.38	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.39	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.40	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.41	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.42	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.43	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.44	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.45	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.46	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.47	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.48	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.49	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.50	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.51	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.52	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.53	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.54	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.55	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.56	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.57	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.58	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.59	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.60	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.61	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.62	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.63	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.64	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.65	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.66	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.67	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.68	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.69	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.70	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.71	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.72	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.73	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.74	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.75	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.76	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.77	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.78	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.79	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.80	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.81	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.82	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.83	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.84	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.85	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.86	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.87	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.88	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.89	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.90	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.91	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.92	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.93	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.94	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.95	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.96	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.97	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.98	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.01.99	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
01.02.00	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000

Organisation

Haushaltplan 2017

Referat 1

Leiter Referat 1 Herr Brückner

15. Dezember 2016

Damit die Verwirrung aber komplett wird, gibt es noch etwas Tolles:

Es gibt Produktlisten, in denen alle Aufgaben der Stadtverwaltung beschrieben sind.

Und es gibt eine Organisation, das ist OB, Dezernent, Amtsleiter usw., in der alle Mitarbeiterkästchen, die diese Aufgaben bearbeiten, aufgeführt sind.

Das Tolle daran ist, dass eine Zuordnung zwischen Aufgaben und Mitarbeitern nur in Ansätzen möglich ist. Kollege Beitz war es, glaube ich, der diesen Zusammenhang in seiner letzten Haushaltsrede bereits geißelt hat. Bewirkt hat es nichts.

Aber es ist ja wohl die Hauptsache, dass sich die Verwaltung da auskennt, was sie aber, wie wir in zahlreichen Gesprächen gehört haben, auch nicht kann.

Haushaltsplanentwurf 2017

Einnahmen	818,7 Mio. €	Δ = - 68,9 Mio. €
Ausgaben	887,6 Mio. €	

Planwerte !!!



Istwert : Δ = - ??? Mio. €

15. Dezember 2016

Und dann gibt es Zahlen, schwarze und rote. Dargestellt sind die Einnahmen **incl.** der Darlehen und Fördermittel für die Investitionen und die Ausgaben **incl.** der Kosten für die Investitionen.

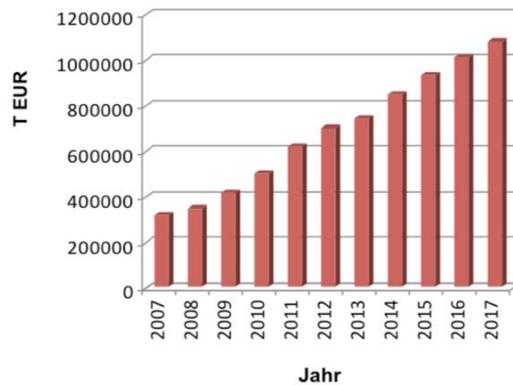
Die Differenz ist rot und ist mit – 68,9 Mio. € geplant. Aber es handelt sich, wie gesagt, um Planwerte.

Es kann sogar sein, dass nachdem das Jahr vorüber ist, dieses Delta wieder mal nicht ausgereicht hat; es ist dann eben ein wenig mehr geworden.

Status

Kredite zur Liquiditätssicherung

Höhe Kassenkredite von 2007 - 2017



15. Dezember 2016

Der Umgang mit den Schulden hat dazu geführt, dass wir bis heute Kassenkredite in Höhe von rund 1 Mrd. € aufgehäuft haben. Mit dem Haushalt 2017 werden es 1,1 Mrd. € sein.

Wir haben mehr Geld ohne Deckung ausgegeben, als der Haushalt in 2017 beträgt.

Wohlgemerkt: Und wir haben dieses Geld ausgegeben, obwohl wir es eigentlich nicht haben, und es uns nicht gehört !

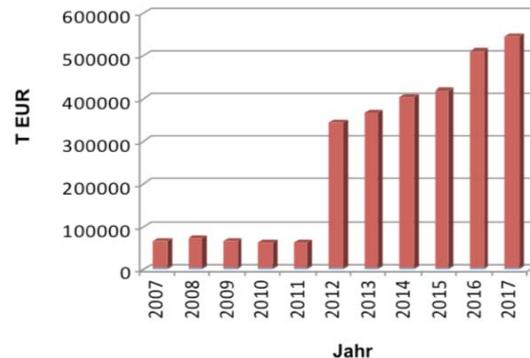
An dieser Stelle sage ich seit Jahren „Griechenland“, und keiner im Rat hat bisher gezuckt.

Übrigens: Heute wieder nicht !

Status

Investitionskredite

Höhe Investitionskredite von 2011 - 2017



15. Dezember 2016

Aber wir haben noch mehr Schulden.

Hier sind die Investitionskredite dargestellt.

Hier liegen wir bei „nur“ etwa 508 Mio. €, mit dem Haushalt 2017 aber schon bei knapp 550 Mio. €.

Dieses Geld ist zwar meist in sinnvolle Projekte geflossen, die der Daseinsvorsorge dienen.

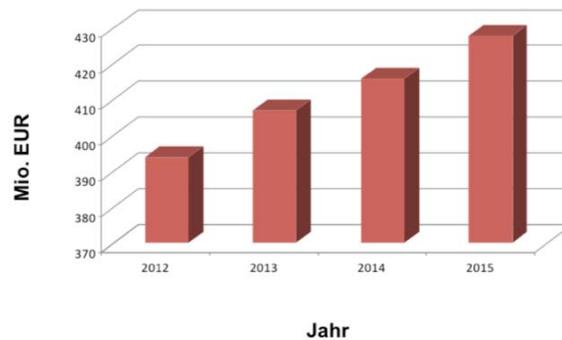
Aber es wurden auch Projekte durchgeführt, die bei einigen Mülheimer Bürgern Kopfschütteln hervorrufen. Und die Projekte waren teilweise richtig teuer. Aber man jagte hinter dem süßen Gift der Förderungen her und gab unser Geld aus, nur weil es Landes-, Bundes- oder EU-Fördergelder gab.

In diesem Zusammenhang noch ein Hinweis: Mit den PPP-Projekten haben wir weitere Schulden in die Zukunft verschoben. Aber das war ja wohl von der allmächtigen Bezirksregierung so gewollt.

Status

Verbindlichkeiten der Gesellschaften (BHM)

von 2011 - 2012



15. Dezember 2016

Aber es geht noch weiter:

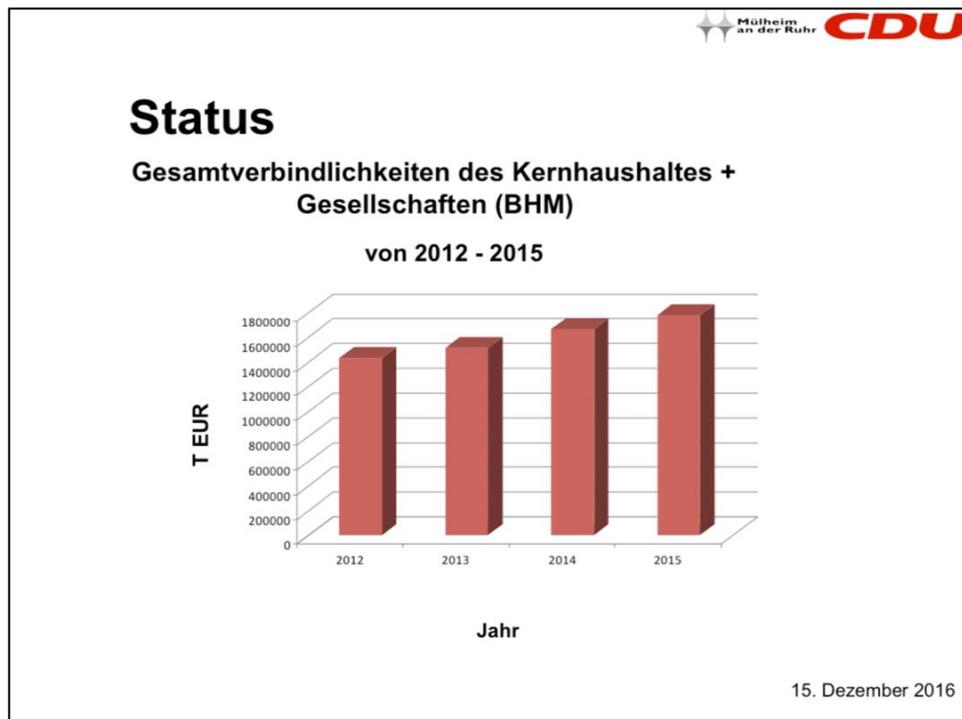
Diese Darstellung zeigt die Schulden der BHM in den Jahren 2012 bis 2015. Zwei Punkte sind erschreckend:

Einmal die absolute Höhe von über 428 Mio. €

Und zum Anderen die Zunahme von über 34 Mio. € innerhalb des betrachteten Zeitraums.

Für die Jahre 2016 und 2017 waren noch keine Werte zu bekommen. Aber wir können davon ausgehen, dass sie nicht geringer geworden sind.

Aber auch das sind unsere Schulden, die nicht gedeckt sind !



Es liegt nahe, die Gesamtschulden einmal zu summieren.

Wir stellen fest, dass wir Ende 2015 nicht 935 Mio. € sondern rund 1,8 Mrd. € Schulden haben. Und damit liegen wir bei der zweieinhalbfachen Höhe unseres Haushaltes.

Wenn wir die BHM-Schulden aus 2015, die ja wie ausgeführt, nicht geringer geworden sind, auf den Schuldenberg 2017 des Kernhaushaltes aufaddieren, ergibt sich ein Wert von **2,1 Mrd. €**.

Ich habe die Schulden so ausführlich dargestellt, um zu zeigen, wie hoch sie tatsächlich sind, um damit den Ernst der Lage darzustellen.

An dieser Stelle müssten eigentlich alle hier im Saal nicht nur zusammenzucken sondern erschauern.

Zinszahlungen : ca. 35 Mio. € p.a.

Die Zinsen befinden sich **noch** auf einem historischen Tief,
bei auch nur moderater Erhöhung des Zinsniveaus
könnte etwas passieren !



Sie könnten explodieren!

Szenario 1: Zinserhöhung um auch nur 1 % bedeutet ca. 60 Mio. € p.a.

Szenario 2: Kämmerer bekommt keine weiteren Kredite

Szenario 3: Zahlung 60 Mio. € p.a. + keine weiteren Kredite

15. Dezember 2016

Aber es droht noch eine ganz andere große Gefahr: Bei einem Anstieg der im Augenblick historisch tiefen Zinsen wird die Zinsbelastung nach oben gehen.

Sollten die Zinsen auf das langjährig normale Maß steigen, so werden aus den heute zu zahlenden 35 Mio. € sehr schnell 100 Mio. € oder sogar noch mehr. Wir bewegen uns dann tatsächlich über dem heutigen Gesamtdefizit.

Wir sollten Herrn Draghi, dem EZB-Präsidenten eine Kerze anzünden und ihn bitten, dass er das Zinsniveau auf immer dort lässt, wo es heute ist, und dass er weiterhin ohne Rücksicht auf Verluste Geld druckt. Ansonsten rückt eine **Konsolidierung in noch weitere Ferne !**

Defizit des Haushaltes ausgleichen:

1. Minderung der Ausgaben
2. Benchmark mit anderen Kommunen
3. Konnexität einfordern
4. Erhöhung der Einnahmen

15. Dezember 2016

Ich hatte eingangs gesagt, dass wir nicht nur Mängel aufzeigen, sondern auch Lösungsmöglichkeiten nennen, wie wir wieder Boden unter unsere Füße kriegen können.

Es gibt im Prinzip vier Möglichkeiten:

- Sparen
- Schauen, wie es andere vielleicht besser machen
- Konnexität nicht nur verbal fordern, sondern auch **konkret einfordern**
- Und dann könnte man, wie es von der Bezirksregierung gefordert wird, die Steuerschraube immer weiter anziehen

Die Punkte möchte ich im Folgenden beleuchten.

Minderung der Ausgaben (Exemplarisch) I

Motto: Es ist ja nicht mein Geld !

- An wie vielen Stellen in und außerhalb der Verwaltung wird Klimaschutz betrieben?



Aber Vorschläge zur CO²-Einsparung (Verkehrsführung, Einbahnstraßen und u.ä.) gehen ins Leere.

- Wie lange haben wir darauf hingewiesen, dass wir einen **bedarfsgerechten** ÖPNV benötigen?

Welche Einsparungen sind bisher erzielt worden? Sind Busse der Zubringer für die Straßenbahn? Wie viele Fahrzeuge fahren ohne Fahrgäste durch die Stadt?

15. Dezember 2016

Klimaschutz ist eine wichtige Sache. Allerdings darf er dann nicht nur als Feigenblatt betrieben wird. Es wird viel geredet, aber es passiert wenig. Und das ist im höchsten Maße traurig.

Die Schöpfung wird zerstört, und wir glauben mit der Einrichtung von Ladenlokalen und durch das Anbringen von nichts sagenden Schildern, etwas für das Klima zu tun.

Nächstes Thema: Bedarfsgerechter ÖPNV. Ob ich dies noch erleben werde?

Was ist denn bisher an Einsparungen im Rahmen des Nahverkehrsplans erzielt worden? Leere Busse und Bahnen fahren in großer Zahl durch die Gegend, ist das sinnvoll?

Minderung der Ausgaben (Exemplarisch) II

Motto: Lass uns über Peanuts reden!



15. Dezember 2016

Über diesem Klimaschild war übrigens noch ein Schild, mit dem sich die Stadt Mülheim schmückt. Aber es muss die Frage erlaubt sein: Was existiert denn noch von diesem Schmuck ?

Aber die Hauptsache ist, dass ein paar EURO gespart wurden, aber dafür die Städtepartnerschaften auf städtischer Ebene de facto nicht mehr existieren; bis auf die schönen Schilder.

Der OB hatte wahrscheinlich bei der Haushaltseinbringung dieses Schild vor Augen, als er von langen Diskussionen über geringe Summen und „kaputt sparen“ sprach.

Minderung der Ausgaben (Exemplarisch) III

Motto: Es ist ja nicht mein Geld !

- **An wie vielen Stellen wird Geld ausgegeben, nur weil es Fördermittel gibt?**
Aber Ratsbeschlüsse, die so etwas verbieten, werden ignoriert.
- **Waldwege werden hergerichtet, obwohl einige Straßen wichtiger wären.**
- **Es ist chic, auf die MVG einzuprügeln, obwohl der Aufgabenträger für etliche Themen verantwortlich ist.**

15. Dezember 2016

Die Liste lässt sich fortsetzen:

- Haltestellen werden gebaut, nur weil Fördermittel noch vorhanden sind.
- Über neu asphaltierte Waldwege (z.B. Wedauer Straße) freue ich mich als Fahrradfahrer.
Allerdings gibt es Straßen, die es nötiger haben.
- Änderungen im NVP wurden bisher nur von der MVG realisiert.
Was hat der Aufgabenträger (Verknüpfungen, bauliche Änderungen im Busbereich etc.) bisher realisiert ?

Minderung der Ausgaben (Exemplarisch) IV

Motto: Es ist ja nicht mein Geld !

**Frau Lütkes (sinngemäß in Ihrer Genehmigung
zum Haushalt 2016):
Achten Sie darauf, dass die Personalreduzierung
weitergeführt wird !**

**Wie viel neue Stellen befinden sich im Haushaltsplanentwurf
für das Jahr 2017?**

15. Dezember 2016

Die Liste lässt sich noch weiter fortsetzen:

Die Bezirksregierung fordert, dass weiterhin Personal eingespart wird.

Aber in unserem Haushaltsplanentwurf ist davon wenig zu merken.

Wir riskieren damit, dass ein unter erheblichen Mühen möglicherweise zustande gebrachten Haushalt in den Augen der Genehmigungsbehörde, keine Gnade finden wird.

Benchmark mit anderen Kommunen (Exemplarisch)

In den Vorjahren habe ich immer wieder Folien gezeigt, aus denen hervorging, dass andere Revierstädte mit weniger Einnahmen die Ausgaben besser handhabten.

Vergleich kommunaler Steuereinnahmen (je Einwohner)		Vergleich der Aufwendungen für den Erhalt der Infrastruktur je Einwohner in €	
NRW =	100	NRW =	339
Deutschland =	98,5	Duisburg =	468
Duisburg =	78,9	Herne =	357
Herne =	62,3	Mülheim an der Ruhr =	215
Mülheim an der Ruhr =	124,2		

Die Folien sind aus dem Jahre 2010 !

15. Dezember 2016

Ich möchte Sie nicht langweilen. Deshalb nur diese zwei kleinen Folie aus der Haushaltsrede 2010. Ich habe damals viele dieser Vergleiche gezeigt, aber ein echter Benchmark ist meines Wissens nie erfolgt.

Und nun soll es die Gemeindeprüfungsanstalt richten. Aber bisher liegt wenig bis nichts auf dem Tisch.

Aber ich wiederhole dennoch den Vorschlag, sich einmal mit einigen anderen Kommunen über die aufgezeigte Problematik intensiv auszutauschen. Vielleicht ergibt sich ja doch etwas, das die Anderen besser machen.

Konnexität einfordern

Es gibt eine Reihe von Sozialleistungen, die zwar in Berlin und Düsseldorf beschlossen, für die aber nicht das notwendigen Geld bereitgestellt wurden.

Und deshalb muss die Stadt Mülheim an der Ruhr im Jahre 2017

ca. 51,8 Mio. €

auf die vom Bund und vom Land gezahlten Gelder drauflegen.

Ungeachtet dessen fordert uns die Bezirksregierung dazu auf, dieses nicht nur zu tolerieren, sondern auch zu Kompensieren.

15. Dezember 2016

Um es klar zu sagen: Wir befürworten die soziale Marktwirtschaft. Dem, der es nötig hat, muss geholfen werden. Aber Sozialleistungen sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch von der gesamten Gesellschaft getragen werden muss. Deshalb fordern wir, dass die Kosten nach

Grundsicherung für Arbeitssuchende,
Eingliederungshilfe,
Unterhaltsvorschussgesetz,
Hilfe zum Lebensunterhalt,
und
Asylbewerberleistungsgesetz,

um einmal die fünf größten Positionen zu nennen, nicht von der Stadt Mülheim an der Ruhr, sondern von Bund und Land getragen werden.

Konnexität einfordern

Darüber hinaus weist das Land uns an, Flüchtlinge aufzunehmen.
Aber auch hier wird vergessen, dass jede **Anweisung** nach
Artikel 78 der Verfassung des Landes NRW auch mit den
hierfür notwendigen **Finanzmitteln** auszustatten ist.

In Konsequenz hieraus haben wir die Verwaltung beauftragt,
gewissermaßen als Einstieg in Weiteres, der Landesregierung
diese Kosten für die Jahre 2013, 2014 und 2015 in Rechnung
zu stellen.

Für die Bezirksregierung ist klar, dass wir auch diese Kosten zu tolerieren und
auch zu kompensieren haben.

Wofür existiert dann eigentlich die Landesverfassung ?

15. Dezember 2016

Das Land verpflichtet uns Aufgaben zu übernehmen, vergisst aber die dafür nötigen Mittel bereit zu stellen.

Der Artikel 78 Abs.3 der Verfassung des Landes NRW sagt eigentlich für jeden Laien verständlich:

„Das Land kann die Gemeinden oder Gemeindeverbände durch Gesetz oder Rechtsverordnung zur Übernahme und Durchführung bestimmter öffentlicher Aufgaben verpflichten, wenn dabei gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten getroffen werden.“

Wir haben jedenfalls daraus die Konsequenz gezogen und fordern die Verwaltung auf, in diesem Punkt eine Rechnung für die Flüchtlingsunterbringung der Jahre 2013 bis 2015 an das Land zu stellen.

Aus unserer Sicht müssen weitere Punkte folgen!

Konnexität einfordern

Ein ganz dreistes Beispiel für die Missachtung der Konnexität ist die Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes, das die Unterstützung von Kindern von Alleinerziehenden regelt, wenn der Zahlungspflichtige sich drückt.

Es wurde gerade im Kabinett der Bundesregierung beraten, dass die Unterstützung nicht mit dem 12. sondern erst mit dem 18. Lebensjahr beendet sein soll.

Die Kosten hierfür sollen dann großzügig vom Bund zur Hälfte übernommen werden

Und die andere Hälfte?

An dieser Stelle müsste die Landesregierung die Interessen der Kommunen sehr laut in Berlin vertreten.

15. Dezember 2016

Es ist geplant, dass der Bund in seiner Großzügigkeit uns 33 % der durch ihn verursachten Kosten bei der Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes erstatten will.

Ein ganz krasses Beispiel für die Verletzung der Konnexität.

Hier muss das Land, das unsere Interessen beim Bund vertritt, ganz lauten Protest anmelden, und dafür sorgen, dass die durch dieses Gesetz verursachten Kosten nicht zu 53 % (!) bei den Kommunen verbleiben.

Konnexität einfordern

Ein Beispiel für „klebrige Finger“ anstelle einer Interessenvertretung der Kommunen.



Aus: WAZ 11.11.2016

15. Dezember 2016

Aber auch das Land nimmt es nach wie vor mit der Konnexität nicht ernst.

Der Exstadtkämmerer Borjans bezeichnet die vom Bund zur Verfügung gestellte Integrationspauschale von jährlich 434 Mio. € als „verbesserte“ Steuereinnahme des Landes und will sie nicht an die Kommunen weitergeben. Obwohl die Integration von den Kommunen geleistet werden soll und ja auch tatsächlich geleistet wird.

Konnexität einfordern

Gleiches Beispiel für „klebrige Finger“, andere Protagonistin, anstelle einer Interessenvertretung der Kommunen.

Streit um Bundesgeld für Integration geht weiter

CDU: Land muss 434 Millionen Euro an Kommunen weiterleiten. Hannelore Kraft lehnt das ab

Von Matthias Korfmann

Düsseldorf. NRW-CDU-Chef Armin Laschet appelliert an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD), die 434 Millionen Euro, die der Bund dem Land NRW bis 2018 jährlich für die Kosten der Integration von Flüchtlingen zur Verfügung stellt, „auf schnellstem Wege“ an die Kommunen im Land weiterzuleiten. Die Landesregierung solle dem Landtag dafür einen dritten Nachtragshaushalt vorgehen.

Kraft betonte hingegen am Mittwoch, die so genannte Integrationspauschale des Bundes sei für die Länder gedacht. Die Landesregierung sei bei den Kommunen bereits deutlich in Vorleistung gegangen. „Wir sind solidarisch mit den Kommunen“, sagte die Ministerpräsidentin. Man habe die Städte und Gemeinden aber schon besser bedacht

als es der Bundeszuschuss zugelassen hätte. Deshalb solle die Integrationspauschale aus Berlin im Landeshausalt verbleiben.

Armin Laschet hält dies für einen „Riesenfehler“. Rot-Grün lasse die Gemeinden im Stich, sagte er dieser Zeitung. In den vergangenen Wochen habe er zahlreiche Bürgermeister und Landräte getroffen. „Sie alle haben gesagt, der Baum brennt, ohne zusätzliche Mittel wird die Integration nicht gelingen.“

Kommunen stöhnen über Kosten

Die Kommunalen Spitzenverbände in NRW hatten die Landesregierung vor einer Woche in einem Brandbrief aufgefordert, sich finanziell „deutlich stärker als bisher“ an den Kosten der Integration zu beteiligen. Die Kommunen seien nicht in der Lage, die notwendigen Investitionen in Kinderbetreuung, Schulen,



„Das Geld ist fürs Land“, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. FOTO: SPA

Sprachkurse, Berufsvorbereitung und in den Wohnungsbau zu stemmen. Das Land solle die 434 Millionen Euro Integrationspauschale des Bundes „zu einem großen Teil“ direkt an die betroffenen Städte leiten. „Die besten Integrationspläne werden zu Makulatur, wenn das Geld fehlt, sie zu verwirklichen“, hatte der Vorsitzende des Städtetages NRW, Pit Clausen (SPD), im Landtag gesagt.

Diese Position teilt auch der Gelsenkirchener Oberbürgermeister Frank Baranowski (SPD). Wie viele andere Ruhrgebietstädte stößt Gelsenkirchen bei der Integration von Flüchtlingen finanziell an die Grenze seiner Möglichkeiten. Die Entscheidung der Landesregierung, das Geld in den Landeshaushalt zu schieben, sei „völlig inakzeptabel“, hatte Baranowski gesagt.

„Die große Hilfsbereitschaft der Menschen im Zuge der Flüchtlingskrise ist ein Schatz, den es für die kommenden Jahre zu bewahren gilt“, erklärte CDU-Landeschef Armin Laschet. Dies gelinge aber nur, wenn sich auch kurzfristig erste Erfolge bei der Integration einstellen. Die nordrhein-westfälischen Städte seien hier besonders gefordert, deshalb sei es notwendig, dass sie finanziell besser als bisher ausgestattet werden.

Aus: WAZ 17.11.2016

15. Dezember 2016

Hierzu erklärt Pit Clausen, Vorsitzender des Städtetages NRW: „Die besten Integrationspläne werden zu Makulatur, wenn das Geld fehlt, sie zu verwirklichen.“

Herr Baranowski, OB der Stadt Gelsenkirchen, hält dieses Vorgehen für „völlig inakzeptabel“.

Die beiden gerade zitierten Herren sind übrigens nicht Mitglieder der CDU.

Wer setzt sich eigentlich für die Kommunen ein und vertritt deren Interessen ?

Auch bei dem von Mülheim geführten Städtebündnis „Raus aus den Schulden“ keine Reaktion !

Konnexität einfordern

**Ein anderes Beispiel für eine mangelhafte
Konnexität**

**Zahlungen der Stadt Mülheim an der Ruhr an den einheitsbedingten
Lasten des Landes NRW an der
Finanzierungsbeitrag „Fonds Deutsche Einheit“ betragen
in der Zeit von 1992 bis 2015:**

162.717.943 €

15. Dezember 2016

Die Deutsche Einheit war ein Segen, aber wir mussten und müssen zahlen.

Diese 163 Mio. € mussten selbstverständlich über Kassenkredite finanziert werden, auch wenn es sich um Gewerbesteuerumlagen handelt.

Dieses Geld floss beispielsweise nach Dresden; diese Stadt ist übrigens mittlerweile schuldenfrei !

Erhöhung der Einnahmen

Frau Lütkes:

„Aufgrund der weitere Ansatzsteigerung von 2017 und 2018 der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer kann der Haushalt 2016 akzeptiert werden.“ *)

Herr Duin:

Rot-Grün will die Höhe der Gewerbesteuer begrenzen

„Kommunen mit Nothaushalten müssen aus dem Teufelskreis ständig steigender Steuersätze herauskommen.“ **)

*) Fr. Lütkes, Bezirksregierung, 30.8.2016

**) NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin WAZ 28.9.2016

15. Dezember 2016

Frau Lütkes, die Regierungspräsidentin, schreibt in ihrer Genehmigung des Haushaltes 2016:

s.o.

Andererseits will Wirtschaftsminister Duin aus dem Teufelskreis ständig steigender Steuersätze ausbrechen.

Während die Bezirksregierung ihren Kurs der Steuererhöhungen penetrant propagiert, gibt es durchaus auch in Landesregierung vernünftige Leute, die sich Gedanken darüber machen, dass es so nicht weitergehen kann.

Da die vorgetragenen Argumente im Haushaltsentwurf bisher nicht zu einem Umdenken geführt haben, sondern vielmehr die Parole „weiter wie bisher“ gilt, ergibt sich für die CDU-Fraktion:

**Die CDU-Fraktion
wird den Haushalt 2017 in
der vorgelegten Form nicht
mittragen!**

15. Dezember 2016

Aber um die uns wichtigen Punkte noch einmal zu unterstreichen:

- Wir wollen keine Steuererhöhungen.
- Wir hatten in diesem Jahr außerordentlich hohe Erträge aus Gewerbe- und Verbundsteuern sowie eine um rund 1,6 Mio. € geringere LVR-Umlage im nächsten Jahr, so dass eine Steuererhöhung für das nächste Jahr absolut nicht nötig ist.
- Wir wollen soweit möglich selbst gestalten und uns nicht aus Düsseldorf sagen lassen, wo es lang geht.
- Wir wollen keine unnötige Stellenausweitung.
- Wir wollen überfällige Projekte in unseren Schulen gemäß unserer Prioritätenliste endlich umsetzen.
- Wir wollen die geplanten Projekte im Sportbereich realisieren.
- Wir wollen die Ausgaben reduzieren und nicht weitere Ausgaben auf Pump finanzieren.
- Wir fordern die strikte Einhaltung der Konnexität und eine endlich eine wirksame Vertretung durch das Land auch beim Bund.
- Wir wollen keine Almosen: wir fordern von Bund und Land, uns das zu geben, was uns zusteht.

Die CDU hat in Gesprächen Mehrheiten für ihre Position gesucht, aber leider fanden unsere Argumente kein offenes Ohr.

Deshalb können wir den Haushalt nicht mittragen!

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeitern der Verwaltung bedanken.

Ich möchte hier jetzt keine Ämter hervorheben, aber ich bedanke mich bei den Mitarbeitern im Namen der CDU-Fraktion für die für den Bürger geleistete Arbeit. Diese Arbeit fand teilweise unter schwierigen Rahmenbedingungen statt; sie verdient hohe Anerkennung.

Falls jedoch eine Mehrheit des Rates die von uns vorgeschlagenen Änderungen gut heißt, würde die CDU-Fraktion dem so geänderten Haushalt zustimmen.

Änderungen im Haushalt 2017:

- Keine Erhöhung der Grundsteuer B
- Personalkostenreduzierung bei den Mehrstellen um mindestens 600 T €
- Keine Erhöhung der Kita- und OGS-Beiträge im nächsten Jahr. Über eine an einen Index gekoppelte Dynamisierung sollte dann ab dem Haushalt 2018 verhandelt werden
- Bedarfsgerechter ÖPNV, Einsparungen in 2017 in Höhe 2 Mio. €
- Keine neuen freiwilligen Leistungen
- Einverständnis mit einer Erhöhung der Glücksspielgerätesteuern auf 24 %
- Jährliche Überprüfung der bisher im HSK vorgesehenen Steuererhöhungen

15. Dezember 2016

Falls sich jedoch für unsere Positionen eine Mehrheit in diesem Rat findet, trägt die CDU-Fraktion diesen Haushalt mit.

Diese Positionen sind:

(vorlesen)

Ich bitte diese Positionen, die wir Ihnen auch noch einmal als Tischvorlage gegeben haben, bei den gleich anstehenden Abstimmungen zu berücksichtigen.



**Die CDU-Fraktion und ich
bedanken sich für Ihre Aufmerksamkeit !**

15. Dezember 2016

Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie mir so geduldig zugehört und zugeschaut haben.

Ich wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr.

Glückauf !